

SPÖ

Eugen Freund



Frage 1: Gegenwärtig verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mitgliedsländer über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament sowie die Zivilgesellschaft sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Werden Sie sich, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden, für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Prozess einsetzen?

Die Verhandlung müssen transparent und unter Einbindung von ArbeitnehmerInnen- und KonsumentenschutzvertreterInnen bzw. mit Gewerkschaften und NGOs geführt werden. TTIP darf kein Einfallstor für gewerkschaftsfeindliche und arbeitnehmerInnenfeindliche Politik werden. Grundlegende Dokumente müssen generell für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Nur dann können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und korrigiert werden.

Frage 2: Aus dem geleakten Mandat für dieses Abkommen geht hervor, dass es rechtlich verbindliche Möglichkeiten für Konzerne geben soll, Staaten auf indirekte Enteignung zu klagen (ISDS - Investment Dispute Settlement). Auch im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA), welches bereits fast fertig verhandelt ist, ist diese Möglichkeit vorgesehen.

Konzerne sollen Staaten nicht klagen können, weil damit die Möglichkeit zur Gesetzgebung der demokratisch gewählten Institutionen sowie die staatliche und europäische Judikatur untergraben wird. Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind aus meiner Sicht nicht erforderlich. Die EU und die USA verfügen bereits über einen sehr guten Rechtsschutz.

Frage 3: Das Mandat sieht auch vor, dass Institutionen und Prozesse etabliert werden sollen, die eine laufende Harmonisierung und Kooperation zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Gesetze, Standards und Regeln ermöglichen ("Regulatorische Kooperation"). Bei zukünftigen Gesetzen sollen - noch bevor diese dem Europäischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden - betroffene AkteurInnen vorab informiert und eingebunden werden. Bei diesen „betroffenen AkteurInnen“ handelt es sich in erster Linie um KonzernvertreterInnen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

Nein, ich finde diesen Ansatz nicht gut, weil die Entscheidungen ausschließlich vom demokratisch legitimierten Parlament getroffen werden sollen und in der Debatte niemand übervorteilt werden darf.

Frage 4: Die EU und die USA haben im Hinblick auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder chemischen Substanzen unterschiedliche Herangehensweisen. In der EU wird das Vorsorgeprinzip angewendet, das heißt: Nur wenn es gesicherte Informationen gibt, dass Substanzen oder Produkte keine schädlichen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben, werden sie zugelassen. In den USA werden Substanzen und Produkte erst verboten, wenn ein Risiko bewiesen werden kann. Das Vorsorgeprinzip wird gegenwärtig zunehmend als unwissenschaftlich bezeichnet und dessen Abschaffung gefordert. Wie stehen Sie dazu?

Nein, ich bin für die Erhaltung des Vorsorgeprinzips, die USA soll die Gelegenheit ergreifen und auf das europäische Modell umsteigen. Die europäischen Kennzeichnungspflichten für gentechnisch veränderte Lebensmittel dürfen nicht unterlaufen werden. Lebensmittelsicherheit kommt vor Profitinteressen!

Frage 5: Bei den TTIP-Verhandlungen geht es um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und geistiges Eigentum. Wie würden Sie Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber vertreten, dass für sie das neue Regelwerk der Weltwirtschaft gültig sein wird, obwohl sie nicht an dessen Formulierung und Verhandlung beteiligt waren?

Sie sollen an diesem Prozess beteiligt werden. TTIP darf nicht dazu führen, dass Länder des globalen Südens ökonomisch noch stärker unter Druck gesetzt werden, als das bisher ohnehin schon der Fall ist. Um diesbezüglichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, braucht es zunächst mehr Transparenz bei den Verhandlungen.

Frage 6: Vor dem Hintergrund dieser Fragen bzw. dieser Aspekte, wie sie in TTIP verhandelt werden: Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und TTIP zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Die österreichische SPÖ-EU-Delegation wird keinem Handelsabkommen zustimmen, das sich negativ auf die Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirkt oder Gewerkschaftsrechte untergräbt. Und wir werden keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards im Sozialbereich und im Konsumentenschutz senkt. (Das gilt auch für die SPÖ im Nationalrat.)

Frage 7: Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen hat ein "Alternatives Handelsmandat" für die EU-Außenhandelspolitik erarbeitet. (<http://www.alternativetrademandate.org/>). Unterstützen Sie dieses Alternative Handelsmandat und werden Sie sich für eine gänzliche Umorientierung der EU-Außenhandelspolitik auf der Basis dieses Vorschlags einsetzen, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden?

Ja, und zwar folgendermaßen: Ich unterstütze die Idee. NGOs sollten meiner Meinung nach mehr in die Verhandlungen zum TTIP einbezogen werden.

Frage 8: Wie stehen Sie zu dem weitgehend ausverhandelten Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, das in vielen Punkten deckungsgleich mit TTIP ist? Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und CETA zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Wir wissen, dass das CETA-Abkommen ebenfalls ein so genanntes „Investor-to-state-dispute-settlement“ (ISDS) beinhaltet. Das SPÖ-EU-Team ist der Auffassung, dass ein solches System (wie auch im TTIP) nicht notwendig ist, da es sich hier um Staaten handelt, die bereits über ein ausgeprägtes Rechtssystem verfügen. Ein solcher Mechanismus würde auch hier eine „Zwei-Klassen-Gerichtbarkeit“ einführen. Das bedeutet, dass es für große Konzerne und Unternehmen einfacher werden würde, gegen Staaten, aufgrund erlassener Maßnahmen zu klagen. Da dieser Bereich (Investitionsschutz) bereits ausverhandelt ist und 100-prozentig im Abkommen bleibt, werden die künftigen SPÖ-EU-Abgeordneten gegen dieses Abkommen stimmen.

Mag.^a Evelyn Regner, Mag. Jörg Leichtfried, Karin Kadenbach

Frage 1: Gegenwärtig verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mitgliedsländer über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament sowie die Zivilgesellschaft sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Werden Sie sich, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden, für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Prozess einsetzen?

Ja. Es stimmt nicht ganz, dass das Europäische Parlament keinerlei Informationen erhält. Die Mitglieder des zuständigen Ausschusses werden in regelmäßigen Abständen informiert, aber das ist leider nicht ausreichend. Ein demokratischer Verhandlungsprozess bedeutet für mich, dass die Verhandlungen weitgehend öffentlich, vor allem aber unter Einbindung des Europäischen Parlaments und der chancengleichen Einbindung der Zivilgesellschaft und anderen InteressensvertreterInnen geführt werden müssen. Ich werde mich dafür in der nächsten Periode einsetzen.

Frage 2: Aus dem geleakten Mandat für dieses Abkommen geht hervor, dass es rechtlich verbindliche Möglichkeiten für Konzerne geben soll, Staaten auf indirekte Enteignung zu klagen (ISDS - Investment Dispute Settlement). Auch im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA), welches bereits fast fertig verhandelt ist, ist diese Möglichkeit vorgesehen.

Die Frage ist nicht ganz schlüssig. Denn auch jetzt besteht bereits die Möglichkeit, dass man Staaten im Rahmen des ordentlichen nationalstaatlichen Instanzenzuges klagen kann, wenn man sich in seinem Recht beschnitten oder benachteiligt fühlt. Deshalb braucht man im Fall EU-USA-Abkommen kein ISDS, da die bereits vorhandenen rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausreichen. Wir lehnen das ISDS ab, weil wir nicht wollen, dass eine „Zwei-Klassen-Gerichtsbarkeit“ entsteht.

Frage 3: Das Mandat sieht auch vor, dass Institutionen und Prozesse etabliert werden sollen, die eine laufende Harmonisierung und Kooperation zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Gesetze, Standards und Regeln ermöglichen ("Regulatorische Kooperation"). Bei zukünftigen Gesetzen sollen – noch bevor diese dem Europäischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden – betroffene AkteurInnen vorab informiert und eingebunden werden. Bei diesen „betroffenen AkteurInnen“ handelt es sich in erster Linie um KonzernvertreterInnen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

Nein, ich finde diesen Ansatz nicht gut, weil das EP von Anfang an einzubeziehen ist.

Frage 4: Die EU und die USA haben im Hinblick auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder chemischen Substanzen unterschiedliche Herangehensweisen. In der EU wird das Vorsorgeprinzip angewendet, das heißt: Nur wenn es gesicherte Informationen gibt, dass Substanzen oder Produkte keine schädlichen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben, werden sie zugelassen. In den USA werden Substanzen und Produkte erst verboten, wenn ein Risiko bewiesen werden kann. Das Vorsorgeprinzip wird gegenwärtig zunehmend als unwissenschaftlich bezeichnet und dessen Abschaffung gefordert. Wie stehen Sie dazu?

Nein, ich bin für die Erhaltung des Vorsorgeprinzips, weil es vernünftiger ist und die KonsumentInnen somit vor Schäden besser schützt.

Frage 5: Bei den TTIP-Verhandlungen geht es um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und geistiges Eigentum. Wie würden Sie Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber vertreten, dass für sie das neue Regelwerk der Weltwirtschaft gültig sein wird, obwohl sie nicht an dessen Formulierung und Verhandlung beteiligt waren?

Weiterentwicklung im WTO-Rahmen wäre vernünftiger.

Frage 6: Vor dem Hintergrund dieser Fragen bzw. dieser Aspekte, wie sie in TTIP verhandelt werden: Werden Sie – falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und TTIP zur Abstimmung kommt – diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Frage ist nicht mit Ja oder Nein zu beantworten, solange der ausverhandelte Inhalt nicht vollständig bekannt ist. Soweit derzeit bekannt --) Ablehnung.

Frage 7: Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen hat ein "Alternatives Handelsmandat" für die EU-Außenhandelspolitik erarbeitet. (<http://www.alternativetrademandate.org/>). Unterstützen Sie dieses Alternative Handelsmandat und werden Sie sich für eine gänzliche Umorientierung der EU-Außenhandelspolitik auf der Basis dieses Vorschlags einsetzen, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden?

Prinzipiell ist eine Umorientierung der Außenhandelspolitik begrüßenswert. Wir SozialdemokratInnen treten dafür ein, dass die Handelspolitik der EU mit den Politikbereichen: Sozial-, Umwelt-, Menschenrechts- und Beschäftigungspolitik verknüpft wird. Denn nur so können Verbesserungen in Drittstaaten für die Menschen vor Ort erzielt werden. Dies wiederum kommt auch der Europäischen Union zugute, da somit beispielsweise Lohn- und Sozialdumping eingeschränkt werden kann.

Frage 8: Wie stehen Sie zu dem weitgehend ausverhandelten Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, das in vielen Punkten deckungsgleich mit TTIP ist? Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und CETA zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Eine Endbeurteilung steht noch aus; voraussichtlich Ablehnung.

TTIP Stoppen ist eine Initiative von:

